

Behörde

PLZ, Ort	Datum
Sachbearbeiter/-in, ggf. E-Mail	Zimmer-Nr.
Telefon Durchwahl (Nebst.)	Telefax
Aktenzeichen (Bitte immer angeben!)	

Bescheid über die Festsetzung von Säumniszuschlägen

Sehr geehrte/r

- Gegen Sie wird ein Säumniszuschlag festgesetzt in Höhe von
- Der Säumniszuschlag ist zu entrichten bis zum
- Kosten werden nicht erhoben.

EUR
Datum

Bei Zahlungen bitte folgendes Aktenzeichen angeben

Sie haben trotz Fälligkeit nachfolgend genannte Forderungen nicht bzw. nicht rechtzeitig entrichtet:

Art der Forderung	Betrag in EUR	Fälligkeit	Zahlungseingang

Der Säumniszuschlag berechnet sich wie folgt:

Hauptforderung in EUR	1 v.H. aus EUR auf volle 50,-- € abgerundet	Zeitraum von bis	Monate aufgerundet	Säumniszuschlag

Gründe:

- ☐ **Für Grund- und Gewerbesteuern:**
Gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 5 Abgabenordnung (AO) in Verbindung mit § 240 AO wird gegen Sie, für jeden **angefangenen Monat** der Säumnis, ein Säumniszuschlag in Höhe von **1 v.H.** des rückständigen, auf den nächsten durch fünfzig Euro teilbaren nach unten abgerundeten Betrages festgesetzt.
- ☐ **Für Kommunalabgaben**, wie z.B. Gebühren für Kindertagesstätten:
Auf Grund der Art. 10, 13 Abs. 1 und Abs. 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) in Verbindung mit § 240 Abgabenordnung (AO) wird gegen Sie, für jeden **angefangenen Monat** der Säumnis, ein Säumniszuschlag in Höhe von **1 v. H.** des rückständigen, auf den nächsten durch fünfzig Euro teilbaren nach unten abgerundeten Betrages festgesetzt.
- ☐ **Für Gebühren nach dem Kostengesetz**, wie z.B. für Verwaltungsgebühren:
Nach Art. 18 Abs. 1 Kostengesetz (KG) i.V.m. der jeweiligen Kostensatzung und dem kommunalen Kostenverzeichnis in der jeweiligen gültigen Fassung wird gegen Sie, für jeden **angefangenen Monat** der Säumnis, ein Säumniszuschlag in Höhe von **1 v. H.** des rückständigen, auf den nächsten durch fünfzig Euro teilbaren nach unten abgerundeten Betrages festgesetzt.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist/sind die/der in der Anlage beschriebene/n Rechtsbehelf/e zulässig. Die Anlage ist Bestandteil dieses Bescheides.

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Er kann auch **elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruches erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei einem Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch eingelegt (siehe 1.) oder unmittelbar Klage erhoben (siehe 2.) werden.

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**
Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Fakultatives Widerspruchsverfahren bei mehreren Adressaten,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann jeder Adressat innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe entweder Widerspruch einlegen (siehe 1.) oder, wenn die übrigen Adressaten dieses Bescheids zustimmen, unmittelbar Klage erheben (siehe 2.).

1. Wenn Widerspruch eingelegt wird:

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

2. Wenn unmittelbar Klage erhoben wird:

Die Klage ist bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** zu erheben. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung. Die unmittelbare Klageerhebung setzt die Zustimmung aller gemeinsamen Adressaten des Bescheids voraus. Wirksam zustimmen kann nur, wer keinen Widerspruch eingelegt hat.
- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐ **Oberbayern:**
Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐ **Niederbayern und Oberpfalz:**
Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐ **Oberfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐ **Mittelfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐ **Unterfranken:**
Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐ **Schwaben:**
Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

Unmittelbare Klageerhebung ohne Widerspruchsverfahren

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage** beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl. S. 390) wurde im Bereich der Vollstreckungsforderung ein fakultatives Widerspruchsverfahren eingeführt, das eine Wahlmöglichkeit eröffnet zwischen Widerspruchseinlegung und unmittelbarer Klageerhebung.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐**Oberbayern:**

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐**Niederbayern und Oberpfalz:**

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐**Oberfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐**Mittelfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐**Unterfranken:**

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐**Schwaben:**

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

Unmittelbare Klageerhebung bei Widerspruchsbescheide über Widersprüche gegen Verwaltungsakte

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen den Bescheid der vom

kann **innerhalb eines Monats nach Zustellung dieses Widerspruchsbescheids** Klage beim **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - **schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts** erhoben werden. **Die Klage muss den Kläger, den Beklagten** (Vollstreckungsbehörde) **und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen** und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
ein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Der Widerspruch kann **auch elektronisch mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen** unter der umseitig genannten Adresse eingelegt werden. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Ein elektronisch eingelegter Widerspruch muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen sein. Eine elektronische Widerspruchseinlegung ohne qualifizierte elektronische Signatur ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg

**Obligatorisches Widerspruchsverfahren,
wenn bei der Behörde für die Übermittlung elektronischer Daten
kein Zugang eröffnet ist**

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann **innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch** eingelegt werden.

Der Widerspruch ist **schriftlich oder zur Niederschrift** bei der umseitig genannten Vollstreckungsbehörde einzulegen. Sollte über den Widerspruch ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht entschieden werden, so kann Klage bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht*** - Anschrift siehe unten - schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erhoben werden. Die Klage kann nicht vor Ablauf von drei Monaten seit der Einlegung des Widerspruchs erhoben werden, außer wenn wegen besonderer Umstände des Falles eine kürzere Frist geboten ist. Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Vollstreckungsbehörde) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Eine elektronische Widerspruchseinlegung ist unzulässig.
- Eine Klageerhebung in elektronischer Form ist unzulässig.
- Kraft Bundesrecht ist in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht:

*) Das zuständige Verwaltungsgericht ist angekreuzt.

☐

Oberbayern:

Bayer. Verwaltungsgericht München
Postfach 20 05 43, 80005 München
Bayerstraße 30, 80335 München

☐

Niederbayern und Oberpfalz:

Bayer. Verwaltungsgericht Regensburg
Postfach 11 01 65, 93014 Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

☐

Oberfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Bayreuth
Postfach 11 03 21, 95422 Bayreuth
Friedrichstraße 16, 95444 Bayreuth

☐

Mittelfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Ansbach
Postfach 616, 91511 Ansbach
Promenade 24 - 28, 91522 Ansbach

☐

Unterfranken:

Bayer. Verwaltungsgericht Würzburg
Postfach 11 02 65, 97029 Würzburg
Burkarderstraße 26, 97082 Würzburg

☐

Schwaben:

Bayer. Verwaltungsgericht Augsburg
Postfach 11 23 43, 86048 Augsburg
Kornhausgasse 4, 86152 Augsburg